

## Was tun gegen Befristungen und Leiharbeit?

Mittwoch, 5. August 2015

Das muss drin sein!

DIE LINKE startet bundesweite Unterschriftensammlung und Aktionen

Im September will DIE LINKE im Rahmen der Kampagne &bdquo;Das muss drin sein&ldquo; auf die Situation von jungen Menschen aufmerksam machen, die es in der heutigen Arbeitswelt schwer haben, gute Zukunftsperspektiven zu finden. Wir haben dazu ein Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Bernd Riexinger geführt.

Frage: Warum ist das Thema Befristungen so wichtig?

Bernd Riexinger: Immer mehr Menschen stecken in befristeten Beschäftigungsverhältnissen &ndash; oft jahrelang. Die Kellnerin und der Postbote, die angestellte Lehrerin und die Uni-Lehrbeauftragte, der Leiharbeiter bei einem Auto-Zulieferer oder die Beschäftigte einer KiTa - sie alle verbindet, dass sie als befristet Beschäftigte ihre Zukunft kaum planen können. Der Anteil befristeter Stellen hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre fast verdreifacht.

Mit der Agenda 2010 hat die damalige Bundesregierung unter SPD-Kanzler Schröder unsichere Arbeitsverhältnisse und Lohndumping salonfähig gemacht. Befristungen, Leiharbeit und neuerdings der weit verbreitete Missbrauch von Werkverträgen sind die Hebel für Unternehmen geworden, um die Löhne und die Absicherung der Beschäftigten zu untergraben. Heute können Millionen Menschen von ihrer Arbeit nicht leben und ihre Zukunft nicht planen. Profitiert haben von dieser unsozialen Politik nur die Eigentümer der Unternehmen. Ich finde das unerträglich &ndash; gerade in einem reichen Land wie unserem.

F: Besonders junge Menschen sind von Befristungen betroffen. Unter den 15- bis 24- Jährigen ist jeder und jede vierte befristet. Jede zweite Frau, die einen neuen Job anfängt, wird nur befristet eingestellt! Was hat die LINKE ihnen anzubieten?

BR: Viele junge Menschen und Berufseinsteiger wollen ihr Leben selbstbestimmter planen können, sich etwas aufbauen. Mit unserer Kampagne &bdquo;Das muss drin&ldquo; wollen wir mit ihnen gemeinsam Druck auf die Bundesregierung aufbauen. Die SPD hat im Wahlkampf Veränderungen versprochen, jetzt muss Arbeitsministerin Nahles liefern! Wir starten im September eine bundesweite Unterschriften-Sammlung. Wir wollen für eine planbare Zukunft ohne Befristungen und Leiharbeit eine Mehrheit der Menschen in diesem Land gewinnen. Denn ein Leben ohne Existenzsorgen und eine selbstbestimmte Zukunftsplanung &ndash; das muss im reichsten Land Europas drin sein. Wir fordern, dass Befristungen zurückgedrängt werden: ohne klar geregelten Grund darf nicht mehr befristet werden, sachgrundlose und Ketten-Befristungen müssen verboten werden! Leiharbeit ist für mich eine Form moderner Sklaverei und gehört verboten. Für den Übergang müssen LeiharbeiterInnen vom gleichen Tag an den gleichen Lohn bekommen wie die Festbeschäftigten.

F: Was ist geplant, um diesen Druck aufzubauen?

BR: Beim Mindestlohn haben wir bewiesen, dass es sich lohnt, einen langen Atem zu haben und Stück für Stück Druck aufzubauen. Mit der Unterschriftensammlung machen wir ein Angebot zum Mitmachen an Alle, nicht nur an AnhängerInnen der LINKEN. Das Thema geht uns alle an: Auch SchülerInnen und Studierende wollen als BerufseinsteigerInnen ihre Zukunft planen können, Azubis wollen eine unbefristete Perspektive, Eltern wollen nicht, dass ihre Kindern in der Sackgasse Befristung landen. Auch Festangestellte haben ein Interesse daran, dass Lohndumping und Konkurrenzdruck durch Leiharbeit und Werkverträge aufhören.

F: Unterschriften sammeln – das klingt wenig spektakulär.

BR: Erfolgreiche Unterschriftenkampagnen wie die gegen das TTIP, an der sich auch DIE LINKE sehr aktiv beteiligt, sind immer mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen verbunden. Über social media können wir viele Menschen gewinnen, online zu unterschreiben.

Aber wir wollen auch im Alltag der Menschen sichtbar sein. Anfang September starten wir mit einer bundesweiten Aktionswoche. Wir werden vor Berufsschulen und Betrieben, an denen besonders rabiast befristet wird, sammeln, am besten mit Musik und Kaffee. Im Handel zum Beispiel sind Befristungen normal. Eine gute Idee ist es, vor Einkaufszentren zu sammeln und die Beschäftigten in den Einzelhandelsketten mit Kuchen und „Anti-Stressbällen“ zu besuchen. Aktionen müssen manchmal auch deutlich machen, wer von unsicheren Jobs profitiert und wer die politische Verantwortung dafür trägt. Wie wäre es zum Beispiel mit einem „Sklavenmarkt“, auf dem Leiharbeiter zu Niedriglöhnen versteigert werden? Mit einer Befragung in der Fußgängerzone oder einer mobile „Ausstellung“ zu Befristungen und Leiharbeit in der Region, die von Tür zu Tür der „schlechtesten Arbeitgeber“ wandert ist Aufmerksamkeit sicher. Freundliche Besuche bei Leiharbeitsfirmen und Büros der SPD-Bundestagsabgeordneten können zum Gesprächsthema werden.

Über Veranstaltungen mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, in Schulen oder mit Konzerte gegen den „Zukunftsstress“ können viele Menschen angesprochen werden. Nicht vergessen: macht Fotos und ladet sie auf die Kampagnen-Webseite oder die Facebook-Gruppe.

[www.das-muss-drin-sein](http://www.das-muss-drin-sein)

[www.facebook.com/groups/dasmussdrinsein](http://www.facebook.com/groups/dasmussdrinsein)